



Dietrich W. Thielenhaus

Für die SHK-Report-Leser nimmt der Autor, im Hauptberuf geschäftsführender Gesellschafter der seit 1986 in der SHK-Branche erfolgreichen Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner (Wuppertal), in seiner regelmäßigen Kolumne „KLARTEXT“ aktuelle Themen, Probleme und Herausforderungen auf's Korn.

„Herbst unter Volldampf“

Der SHK-Geschäftsklima-Index ist – nach einem Durchhänger im August – von 30,73 auf 41,97 im September gestiegen. Das Fachhandwerk signalisiere damit einen „Herbst unter Volldampf“. Treiber der guten Stimmung ist – laut Querschieser – vor allem das Heizungsgeschäft. Zu Optimismus berechtigt auch ein Blick auf die Prognosen der realen Bauinvestitionen. So soll der Wohnungsbau im laufenden Jahr um 1,9 % und 2016 um 1,8 % zulegen, während der Wirtschaftsbau in diesem Jahr um 3,4 % und 2016 um 1,5 % wachsen soll. Der öffentliche Bau, der 2015 stagnieren dürfte, soll im nächsten Jahr mit 4,1 % Zuwachs eine besonders starke Performance aufweisen. Aber: Diese DIW-Prognosen stammen aus Juni 2015, berücksichtigen also nicht die völlig neue Lage infolge des derzeit unabsehbaren Flüchtlingszustroms.

Immenser Zusatzbedarf durch Flüchtlingskrise

Die 11 Mrd. Euro, die der Staat (vorerst) zur Bewältigung der Flüchtlingskrise aufbringen muss, wirken wie ein Konjunkturförderungsprogramm. Davon wird die deutsche Haustechnik-Branche im besonderen Maße profitieren. Die Zuwanderung von bis zu 1,5 Mio. Menschen allein in diesem Jahr macht alle bisherigen Neubau-Prognosen zu Makulatur. Der zu erwartende Nachzug von durchschnittlich mindestens drei Familienangehörigen löst einen gewaltigen zusätzlichen Bedarf an Wohnraum aus, der allenfalls mit der Lage nach Ende des zweiten Weltkriegs vergleichbar sein dürfte. Außerdem: Selbst wenn es gelänge, den Flüchtlingsstrom wieder einigermaßen unter Kontrolle zu bringen, ist auch für die nächsten Jahre mit immensen Zuwandererzahlen zu rechnen. Daraus resultiert eine völlig unerwartete, boomartige Zusatznachfrage nach SHK-Produkten und -Dienstleistungen, die vor allem das Fachhandwerk vor erhebliche Kapazitätsprobleme stellt. Konzentrieren wird sich die Nachfrage naturgemäß auf Standardprodukte im unteren Preissegment.

Neubauschub bei Wohnungen, Schulen, Krankenhäusern und Kitas

Um den zusätzlichen Bedarf an bezahlbarem Wohnraum infolge der steigenden Zuwandererzahlen zu decken, müssen – einer Studie des Pestel-Instituts zufolge – bis 2020 jedes Jahr 400.000 neue Wohnungen gebaut werden. Berechnungsgrundlage war allerdings die mittlerweile schon überholte Zahl von einer Million Zuwanderern. Das Bundesbauministerium beziffert den jährlichen Bedarf derzeit auf 350.000 bis 400.000 neue Wohneinheiten. Außerdem würden 1.000 Schulneubauten bzw.

-Ausbaumaßnahmen, 10.000 zusätzliche Klinikbetten und 68.000 weitere Kita-Plätze benötigt. Sollte sich die Zuwanderung 2016 ungebremst fortsetzen, werden sich auch diese Hochrechnungen schnell als überholt erweisen.

Handwerk vielerorts am Limit

Nicht nur in Ballungsräumen wie München arbeiten die Bau- und Ausbaubetriebe derzeit am Limit. Der bevorstehende Winter erfordert schon aus humanitären Gründen hohes Engagement bei der Errichtung von Flüchtlingsheimen und Notunterkünften. Die Abarbeitung der normalen Aufträge muss oft zurückstehen. Verschärft wird die Lage durch den akuten Fachkräfte- und Nach-

wuchsmangel. Für private Bauherren und Modernisierer haben sich die Wartezeiten – laut ZVSHK – auf bis zu zwölf Wochen erhöht. Schon die Vorlage eines Kostenvoranschlags für ein neues Bad könne drei Wochen dauern. Offenbar versuchen derzeit verstärkt Schwarzarbeiter und inkompetente Billiganbieter, in die Verfügbarkeitslücken zu stoßen. Auch bei der Bereitstellung von preiswerten Produkten wie Betten, Matratzen und Möbeln kommt es bereits zu Lieferengpässen.

Deutlicher Anstieg der Pflegefälle

In fast jedem dritten deutschen Haushalt leben Senioren. Laut Statistischem Bundesamt war 2014 in 31 % der 40,2 Mio. Privathaushalte mindestens eine Person ab 65 Jahren gemeldet. In 9,9 Mio. der insgesamt 12,3 Mio. Seniorenhaushalte wohnten ausschließlich Menschen dieser Altersklasse. Dass Deutschland nicht ausreichend auf die demografische Entwicklung und die wachsende Pflegebedürftigkeit alter Menschen vorbereitet ist, zeigt eine neue IW-Untersuchung. Danach müssen in den nächsten 15 Jahren bis zu 220.000 zusätzliche stationäre Pflegeheimplätze geschaffen werden. Unterstellt wird, dass die Zahl der Pflegefälle von derzeit 2,7 Mio. bis 2030 um bis zu 828.000 zunehmen wird. Bisher zielten die Sozialgesetze vor allem auf einen Ausbau der häuslichen Pflege durch Angehörige oder Ehrenamtliche ab. So oder so: Ein angemessener Umgang mit den betroffenen Menschen setzt in Privatwohnungen wie in Pflegeheimen eine barrierefreie Badgestaltung voraus.

Entlastungen bei den Heizkosten

Der milde Winter 2014/2015 und die gesunkenen Energiepreise haben den deutschen Haushalten spürbare Entlastungen beschert. Laut Techem sind die durchschnittlichen Kosten für Erdgas – gegenüber 2013 – um 16,9 %, die für Heizöl um 19,0 % und die für Fernwärme um 11,6 % gesunken. Der Mieterbund erwartet auch für 2015 Erstattungen bei den Heizkosten in ähnlichen Größenordnungen, obwohl derzeit noch gar nicht absehbar ist, wie kalt der Winter 2015/2016 ausfallen wird.

Verrückte Welt

Eine „Nachwuchskraft“ der Deutschen Bank hat „versehentlich“ – unter Missachtung des Vier-Augen-Prinzips – 6 Mrd. US-Dollar an einen Hedgefonds überwiesen. Da muten die 6,7 Mio. Euro, die der „gemeinnützige“ DFB – angeblich als Rückführung von Schmiergeldern für die WM-Vergabe 2006 – über ein FIFA-Konto an den Geldgeber gezahlt hat, nahezu niedrig an. Die FIFA hat übrigens 2013 an ihr „Schlüsselpersonal“, darunter natürlich Herr Blatter, in schönster Selbstbedienung 28 Mio. Euro ausgeschüttet. Der UEFA-Chef Michel Platini hat ohne nachvollziehbaren Grund 1,8 Mio. Euro von FIFA-Präsident Blatter kassiert. Die ARD, die jährlich bereits stolze 5,5 Mrd. Euro an GEZ-Gebühren vereinnahmt, hat zusätzlichen Finanzbedarf von 400 Mio. Euro p. a. angemeldet. Und der „Markenwert“ Deutschlands soll – laut Nation Brands Bericht 2015 – durch den VW-Abgasskandal um 191 Mrd. (= 4 %) auf 4,2 Billionen US-Dollar gesunken sein. Diese an nur einem Tag aus der Fülle der Meldungen herausgegriffenen Nachrichten zeichnen schlaglichtartig ein Sittengemälde unserer Zeit, das nachdenklich stimmt.